

Aus:

*Christoph Hoeft, Johanna Klatt, Annike Klimmeck, Julia Kopp,
Sören Messinger, Jonas Rugenstein, Franz Walter*

Wer organisiert die »Entbehrlichen«?

**Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten
Stadtquartieren**

April 2014, 290 Seiten, kart., 24,99 €, ISBN 978-3-8376-2731-2

Auch wenn die Zivilgesellschaft in sozial benachteiligten Stadtvierteln häufig kaum sichtbar ist, gibt es wichtige Ausnahmen: Viertelgestalter/-innen sind mit unermüdlicher Tatkraft bürgerschaftlich aktiv.

Im Buch werden acht dieser außergewöhnlichen Menschen in ausführlichen Portraits vorgestellt. Wie kamen sie zu ihrer Rolle, welche Motive treiben sie in ihrem Engagement an, welche Wertvorstellungen vertreten sie? Die Studie ermöglicht detaillierte Einblicke in die Funktionsweise von Zivilgesellschaft in sozial schwachen Stadtteilen. Sie benennt Hindernisse und Schwierigkeiten für die Aktiven – zeigt aber auch Perspektiven, wie das partizipative Versprechen der modernen Bürgergesellschaft für sozial Benachteiligte eingelöst werden könnte.

Christoph Hoeft, Johanna Klatt, Annike Klimmeck, Julia Kopp, Sören Messinger und Jonas Rugenstein sind Sozialwissenschaftler/-innen und arbeiten am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Franz Walter (Prof. Dr.) lehrt an der Georg-August-Universität Göttingen Politikwissenschaft und ist Direktor des Instituts für Demokratieforschung.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2731-2

Inhalt

Prolog: Wachsende Ungleichheit ohne politisch-kulturelle Repräsentanz und Organisation? | 9

A ABSICHT UND ZIEL | 29

1. Problembeschreibung und Zielsetzung | 31

1.1 Fragestellung | 34

1.2 Arbeitsdefinition der ViertelgestalterIn | 34

2. Forschungsstand | 37

2.1 Die Zivilgesellschaft | 37

2.2 ViertelgestalterInnen und verwandte Ansätze | 45

3. Vorgehen und Anlage der Studie | 57

B PORTRAITS DER VIERTELGESTALTERINNEN | 67

1. Einleitung | 69

2. Rolf Petersen – Engagement als Suchttherapie | 71

2.1 Kurzbiographie | 72

2.2 Motivlagen des Engagements | 73

2.3 Fazit | 87

3. Ayse Massoud – Die Brückenbauerin | 91

3.1 Kurzbiographie | 92

3.2 Motivlagen des Engagements | 92

3.3 Fazit | 113

4. Karl Regensburg – Der Funktionär | 115

4.1 Kurzbiographie | 116

4.2 Motivlagen des Engagements | 117

4.3 Fazit | 131

5. Trude Dannecke – Engagement für ein gehobenes Ansehen | 133

- 5.1 Kurzbiographie | 134
- 5.2 Motivlagen des Engagements | 136
- 5.3 Fazit | 155

6. Milena Kruse – Die professionelle Gestalterin | 157

- 6.1 Kurzbiographie | 158
- 6.2 Motivlagen des Engagements | 159
- 6.3 Fazit | 177

7. Frauke und Herrmann Schmidt – Die engagierten Bürgerlichen | 179

- 7.1 Kurzbiographie | 180
- 7.2 Das Engagement von Herrmann Schmidt | 182
- 7.3 Das Engagement von Frauke Schmidt | 190
- 7.4 Fazit | 200

8. Ekatarina Busse – Von der Hilfsbedürftigen zur HelferIn | 205

- 8.1 Kurzbiographie | 206
- 8.2 Motivlagen und Hintergründe ihres Engagements | 207
- 8.3 Fazit | 223

C FAZIT | 225

1. Zentrale Erkenntnisse | 227

- 1.1 Zentrale Motive und die Bedeutung des Engagements | 228
- 1.2 Sozialisation und Werdegang | 234
- 1.3 Ressourcen und Kompetenzen | 240
- 1.4 Viertelinterne Institutionen und ihr Verhältnis zu den ViertelgestalterInnen | 245
- 1.5 Perspektive auf Veränderungen | 249
- 1.6 Lohnarbeit und ViertelgestalterInnen | 251
- 1.7 ViertelgestalterInnen und ihr Viertel | 255

2. Handlungsempfehlungen | 261

- 2.1 Ein „Aufwachsen“ im Engagement ermöglichen | 261
- 2.2 Feste Strukturen sind Voraussetzung für alles Andere | 263
- 2.3 Anerkennung kann Vieles bedeuten... | 265
- 2.4 Verlässlichkeit im Engagement steigern | 267
- 2.5 Weg vom „Problemviertel“ | 268
- 2.6 Lösungen für das Viertel liegen nicht nur im Viertel | 269
- 2.7 ViertelgestalterInnen als Schlüsselfiguren für eine demokratische Zivilgesellschaft? | 270

D ANHANG | 273

Literaturverzeichnis | 275

Autorinnen und Autoren | 285

Prolog: Wachsende Ungleichheit ohne politisch-kulturelle Repräsentanz und Organisation?

Parlamentswahlen, dieses Medium grundsätzlicher politischer Gleichheit aller Staatsbürger, spiegeln seit einiger Zeit bereits das ganze Problem. Denn etliche Wahlberechtigte nehmen am elektoralen Akt einfach nicht mehr teil. Doch raubt das der Republik nicht den Schlaf. Schließlich verkünden selbst die Experten der Politischen Wissenschaften in schöner Regelmäßigkeit: „Alles halb so wild“. Niedrige Wahlbeteiligung, so pflegt das Gros der Wahlforscher uns zu erklären, bedeute lediglich eine Anpassung an westliche Demokratiestandards.¹ Der Vergleich mit der Schweiz oder den US-Parlamentswahlen ist in diesen Fällen dann wohlfeil. Gewiss hat es seinen guten Sinn, wenn nicht stets gleich und dröhnend mit der Krisen trompete geblasen wird. Indes: Die politologische Tranquilizertherapie erscheint in diesem Fall mindestens ebenso deplatziert. Würde im *ganzen* deutschen Wahlvolk, soziologisch betrachtet, die Beteiligung am Wahlakt einigermaßen synchron zurückgehen, so müsste man wohl in der Tat nicht panikartig um die Zukunft von Demokratie und ziviler Gesellschaft fürch-

1 Vgl. Roth, Dieter: Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: Starzacher, Karl u.a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie, Köln 1992, S. 58 ff.; insgesamt zur Diskussion: Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (1997), H. 4, S. 572-591, hier S. 572 ff.

ten. Aber im Rückgang der Wahlbeteiligung drückt sich seit den 1980er Jahren signifikant die soziale Spaltung der Gesellschaft aus, die Kluft zwischen privilegierten und randständigen Schichten, die Ungleichzeitigkeit von Chancen und Integration. Und eben das macht die abstürzende Teilhabe an den Wahlsonntagen doch ein wenig dramatischer.

Mittlerweile hat sich die Wissenschaft von der Wahlenthaltung, wie das im akademischen Betrieb so üblich ist, derart weit überdifferenziert, dass die Doktoranden und Habilitanden dieses Spezialzweiges bis zu zwei Dutzend verschiedener Typen von „Wahlenthältern“ entdeckt, zumindest kreiert haben, so dass dadurch der Eindruck entstanden ist, Wahlenthaltung gäbe es im Grunde überall und im gleichen Umfang, oben wie unten, bei Reichen wie Armen, bei Gebildeten wie Ungebildeten. Doch sieht die lokale Topographie von Wahlenthaltung anders, in einer gewissen Weise vorsozialstaatlich aus. Bei Kommunal- und auch Landtagswahlen in einer mittleren bis größeren deutschen Stadt kann man sich ziemlich sicher sein, dass in den Wohnquartieren der Bürger von überdurchschnittlicher Qualifikation, höherem Einkommen und sozialem Rang die Wählerquote immer noch bei über 60 % oder auch 70 % liegt, während sich in Vierteln, in denen Arbeitslosigkeit, schulische Defizite, Geldknappheit und andere Misereen überproportional häufig gebündelt zusammenkommen, die Wähleranteile mittlerweile um die 20-25 % oszillieren.²

Insofern nähert sich die deutsche Realität wohl wirklich einigen anderen westlichen Demokratien an, aber als beruhigenden Ausdruck republikanischer Normalität muss man dies keineswegs freudig begrüßen. In der Tat ließ sich länger schon beobachten, wie sich ganze Stadtteile vom demokratischen Wahlvorgang abkoppeln, wie die stille, gleichgültig gelebte Verweigerung sich mit der sozialen Marginalisierung verfestigt und vererbt – und allem Anschein nach auch kaum mehr rückführbar ist. Soziologen sprechen derzeit immer häufiger von einer „negativen Individualisierung“. Individualisierung mag bei Menschen mit hohem sozialem und kulturellem Kapital zu einer Mehrung von Chancen, Aktivitäten und Lebenserfahrungen führen. Individualisierung führt dagegen bei Personen ohne diese Ausstattung in rasantem Tempo zu Isolation, Antriebsschwäche, Resignation,

2 Vgl. Schäfer, Armin: Politische Parallelwelten. Wo die Nichtwähler wohnen, in: Magazin Mitbestimmung, 06/2010, online einsehbar unter http://www.boeckler.de/20835_20840.htm [eingesehen am 11.11.2013].

kurz: in Teilnahmslosigkeit. Hier definiert sich soziale Armut nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie materiell, sondern durch den Verlust an Kontakten, den Mangel an Eingebundenheit, neusozialwissenschaftlich ausgedrückt: durch ein Defizit an Netzwerkkompetenz. Hier fehlt es vielfach an Integration, sei es in intakten, zur Subsidiarität fähigen Familien, sei es in funktionierenden, zur Kooperation bereiten Nachbarschaften, sei es in einer lebendigen, aktivierenden Vereinskultur. Desintegration führt zum Aus- und Rückzug, zur Enthaltung bei den öffentlichen Angelegenheiten, zur Unengagiertheit. Man glaubt dann nicht, dass sich Einsatz lohnt; man hofft nicht mehr, dass Parteien und Politik das Schicksal wenden.³

Kurzum: Die Wahlenthaltung ist ein Indiz für die Spaltung der Gesellschaft, welche – so der französische Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler *Éric Maurin* – zwischen denen verläuft, die eine gesicherte Zukunft besitzen, und solchen, die von der Wucht der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt heftig nach unten und an den Rand geschleudert worden sind.⁴ In Frankreich etwa, wo die soziale, kulturelle und politische Segregation während der vorangegangenen Jahrzehnte noch weiter fortgeschritten war, wurde diagnostiziert, dass das nicht-wählende Prekariat sich eben nicht mehr als Teil der Gesellschaft fühlte, dass sich dort vielmehr das Gefühl verbreitet hatte, keine eigene und wirksame politische Existenz innerhalb der Nation mehr innezuhaben. Auch der deutsche Politologe *Dirk Jörke* spricht davon, dass die unterschichtigen Nicht-Wähler seit längerem mit der Erfahrung leben, „von der ‚demokratischen‘ Gesellschaft und ihren Eliten nicht mehr hinreichend anerkannt zu werden.“⁵ Daher schaffen sie sich in ihren Lebenswelten eigene Regeln. Und eine der Normen, die sich dort quartiersbezogen entwickelte, lautet: nicht mehr wählen zu gehen. Bezeichnend ist sicher auch, dass gerade in den Stadtteilen Frankreichs, die in

3 Kronauer, Martin: „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *Leviathan* 1/1997, S. 28 ff.

4 Vgl. das Interview mit *Érich Maurin*, in: *Le Monde* vom 25.3.2010.

5 Jörke, Dirk: Demokratie als Ideologie, in: Otten, Henrique Ricardo/Sicking, Manfred (Hrsg.): *Kritik und Leidenschaft. Vom Umgang mit politischen Ideen*, Bielefeld 2011, S. 168-181, hier: S. 178.

unregelmäßigen Abständen durch Jugendkrawalle Aufmerksamkeit erregen, die Partizipation am Wahlakt besonders geringe Quoten aufweist. Selbst im für seine auf Prävention angelegte Wohlfahrtsstaatlichkeit gerühmten schwedischen „Volksheim“ kam es im Frühjahr 2013 zu „französischen Verhältnissen“, als im Vorort von Stockholm, in Husby, Jugendkrawalle ausbrachen, erst Mülltonnen, dann Autos, schließlich Schulen und zuletzt Polizeiwachen brannten.⁶ In diesem Vorort lag und liegt die Arbeitslosenrate hoch, hier haben fast 40 % der Jugendlichen keine Arbeit und keine Ausbildung. Dafür fällt die Wahlbeteiligung niedrig aus; sie liegt mit rund 20 Prozentpunkten unter dem Schnitt der Stadt Stockholm. Man fühlt sich vom dominanten Teil der Gesellschaft verlassen, sieht infolgedessen auch keinen Grund, an deren Vereinbarungen und Verständigungsmustern mitzuwirken.

Im Sommer 2013 berichtete *Le Monde*, auf Basis einer empirischen Studie von drei Wissenschaftlern, über rund 900.000 junge Franzosen im Alter zwischen 15-29 Jahren, die keine Arbeit hatten, die Schule nicht besuchten, weder in einer beruflichen Ausbildung noch in einem akademischen Studium standen – dies alles auch nicht anstrebten. Stattdessen würden die jungen Leute, also immerhin fast eine Million, entmutigt und resigniert in ihrer abgeschlossenen Welt leben. Hierbei handele es sich wohl auch um eine Variante der Resistenz, stärker noch: um ein Mittel des Selbstschutzes. Im Übrigen kenne man wenig von dieser Gruppe, wisse nicht, was sie den ganzen Tag über treibe, wie sie an ihren Lebensunterhalt gelange, ob sie über Vorstellungen von ihren künftigen Lebenswegen verfüge oder sich komplett dem „Realismus der Hoffnungslosigkeit“⁷ hingeben. *Le Monde* charakterisiert sie als die „Unsichtbaren“, als jeunes inactifs, die weder Bildungseinrichtungen nutzen noch in „lokalen Missionsen“ (das sind kommunale Einrichtungen zur Unterstützung benachteiligter Jugendlicher) Zuflucht oder Unterstützung suchen.⁸ Schon 1997 hatten die

6 Vgl. Gmeiner, Jens: Brandflecken in Bullerbü. Über den Aufruhr in Schwedens Vorstädten, in: Indes (2013) H. 4, S. 44-48.

7 Castel, Robert: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 357.

8 Vgl. Krémer, Pascal: „Ces 900 000 jeunes inactifs découragés de tout“, in: *Le Monde*, 02.06.2013; o. V.: „Des profils multiples et difficiles à quantifier“, in:

beiden Soziologen Francois Dubet und Didier Lapeyronnie solche Erfahrungen von Jugendlichen als *galère* charakterisiert, als einen Zustand von Ungewissheiten und Instabilitäten.⁹ Die Betroffenen – die *Plebs*, wie sie neuerdings (wieder) von Alain Brossat genannt werden¹⁰ – sind von verpflichtender Zeit freigesetzt, ohne mit dem disponiblen Zeitzuwachs etwas Sinnvolles anfangen zu können. Kaum ein Jugendlicher ist je mit verbindlicher Erwerbsarbeit in Berührung gekommen. Das Leben in ihren Siedlungen empfinden die jungen Bewohner als kaputt und haltlos. Verlässliche Solidaritäten sind rar, noch am ehesten in halb-kriminellen Zusammenschlüssen zu finden; man mag dergleichen aber auch lediglich als devianten Kohortendruck definieren. Ein Klassenbewusstsein findet man hier nicht, auch keine Assoziationen, die einen Milieuzusammenhang oder gar Selbstbewusstsein für zielstrebige Veränderungen stiften könnten. Eher sind die Sozialkontakte vergiftet. Man überträgt das eigene Stigma auf die anderen Zugehörigen der unmittelbaren sozialen Umwelt, „den Nachbarn von unter, die Einwandererfamilie, die im selben Gebäude wohnt, die Jugendlichen von der anderen Straßenseite, über die man sagt, dass sie ‚fixen‘ oder ‚bizness‘ machen, oder die Bewohner der Gebäudegruppe gegenüber, die man verdächtigt, unrechtmäßig Arbeitslosenunterstützung oder eine andere Beihilfe zu beziehen.“¹¹ Eine solche individuelle Strategie horizontaler Abwertung beschleunigt die Entkollektivierung und Entsolidarisierung in den sozial benachteiligten Wohnvierteln. Die wenigen politischen Aktivistinnen, die im Quartier leben, stoßen oft auf Abwehr. Kurzum: Die *galère* ist der Ausdruck für den Verfall der klassischen industriellen Arbeitswelt und der organisierten roten Arbeiterkultur.

Und so ließen die Parteien der Linken die Wohnquartiere der *Unsichtbaren* und *Entbehrlichen*, den Alltag der *galère* im Laufe der Jahre links liegen. Engagement schien sich dort einfach nicht zu rentieren. Allein im großen Wahljahr 2012 aber korrigierten die französischen Sozialisten auf

Le Monde, 02.06.2013; o. V.: „En France, 900 000 jeunes en déshérence“, in: Le Monde, 02.06.2013.

9 Vgl. Dubet, Francois/Lapeyronnie, Didier: Les quartiers d'exil, Paris 1997, S. 111 ff.

10 Vgl. Brossat, Alain: Plebs Invicta, Berlin 2012.

11 Wacquant, Loic: Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität, in: Das Argument Jg. 49 (2007) H. 3, S. 399-409, hier S. 400.

Initiative mehrerer junger Aktivisten und Sympathisanten, die sich in den USA die Obama-Wahlkämpfe näher angesehen hatten, diesen Kurs. Sie kreierte insbesondere in den Banlieues die Wahlkampftechnik des „porte-à-porte“.¹² Eigens geschulte Wahlkämpfer, sogenannte *mobilisateurs*, und ihnen beige stellte Freiwillige – immerhin mehrere Zehntausend – strömten zwischen Januar und Mai 2012 in die Zentren der Wahlenthaltung. Die Devise, die der Aktion zugrunde lag, lautete: Es ist einfacher, einen Nichtwähler zu überzeugen, als einen aktiven Wähler zum politischen Lagerwechsel zu bewegen. Die sozialistischen Kampagneros klopfen an den Türen, stießen auf bemerkenswerte Unkenntnisse über das Politische. Überraschenderweise zeigten sich die Angesprochenen meist erfreut, von Repräsentanten der offiziellen Politik erstmals überhaupt wahrgenommen zu werden. Die Absichten der sozialistischen Wahlhelfer gingen durchaus auf, insbesondere bei Familien ausländischer Herkunft. Hier ließ sich eine große Zahl zum Wahlakt (für die französischen Sozialisten) animieren. Hatte man aus einem Haushalt erst einmal eine Person überzeugt, dann gelang der Bruch mit der bisherigen Norm – nämlich keinesfalls zur Wahl zu gehen – und wirkte anfeuernd auch auf andere, die sich nun an den Wahlsonntagen ebenfalls an die Urnen begaben. Indes, der Umschwung hielt nicht lange an, was allerdings an der Politik der in den Wahlen erfolgreichen Sozialisten lag. Die Enttäuschung über die Regentschaft von François Hollande war groß; übel nahm man den Sozialisten an der Macht, dass sie ihr Wahlversprechen aus dem porte-à-porte-Wahlkampf, das Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen einzuführen, nicht gehalten hatten. Als eine Gruppe junger Sozialisten ein Jahr nach dem Tür-zu-Tür-Wahlkampf ihre Tour durch einen Banlieue wiederholen wollten, empfing sie Groll und Ablehnung. „Wir habe viele Menschen enttäuscht“, urteilte zerknirscht und resigniert einer der Aktivisten.¹³

In Frankreich spricht man von einer *divorce* (Scheidung) der Arbeiterklasse von den linken Parteien. Während sich die politische Linke seit 1968 kulturell mehr und mehr liberalen, dann postmateriellen Werten zugewandt

12 Liégey, Guillaume/Muller, Arthur/Pons, Vincent: *Porte-à-porte. Reconquerir la démocratie sur le terrain*, Calman-Lévy 2013.

13 Zit. nach Zappi, Sylvia: *C'est difficile de retourner voir les gens avec ces promesses non tenues*, in: *Le Monde*, 09.04.2013.; auch: Zappi, Sylvia: *L'opération séduction de Hollande vers les banlieues*, in: *Le Monde*, 26.04.2013.

hatte¹⁴, zog sich die Arbeiterschaft aus Politik und Organisationen zurück, atomisiert in der Folge des Niedergangs der Industriereviere. Und auf der Wertebene entkoppelte sie sich vom Kosmos der linken Parteien, richtete ihren Zorn über die sozialen Verluste gegen Immigranten, haderte mit dem linkslibertären Einstellungshorizont sozialistischer Funktionäre, fürchtet den Kosmopolitismus, der ihnen mit einem Verlust der Kontrolle über das eigene Alltagsleben einherzugehen scheint.¹⁵

In früheren Jahrzehnten hatten in Deutschland und anderen Ländern Mittel- wie Südeuropas noch der Sozialkatholizismus und seine ausgedehnte kollektive Infrastruktur sowie die vopolitische Organisationswelt der Arbeiterbewegung dafür gesorgt, dass auch Ungebildete, Dequalifizierte, Erwerbslose dauerhaft – und nicht allein im Akt repräsentativer Wahlen – „dazugehörten“, Aufgaben zugewiesen bekamen, dadurch Würde und Selbstbewusstsein bewahren konnten. Dies hielt, gleichsam als positiver Nebeneffekt, die Wahlbeteiligung hoch. Doch die Kraft des Sozialkatholizismus ist erloschen, das Organisationspotential der früheren Arbeiterbewegung in gewichtigen Teilen verkümmert. Die Folge ist eine immer noch weithin unterschätzte Reduzierung des sozialen Integrationsvermögens von der Mitte der Gesellschaft nach unten, in die Kellergewölbe des Systems. Seit der Erosion von Sozialkatholizismus und Gewerkschaftssolidarismus sind die beruflich freigesetzten Bürger aus elementaren Bindungen und Bettungen herausgefallen, gewissermaßen vom geselligen Kolpings- und Gewerkschaftshaus in dem isolierten Dauerkonsum vor dem Fernseher ge-

14 Vgl. Dargent, Claude/Rey, Henri: Les adhérents socialistes en 2011: renouvellement social et ancrages idéologiques, in: La Revue socialiste, (2011) H. 42, S. 123 f; Dargent, Claude: les adhérents socialistes: attitudes, valeurs et ancrages idéologiques, in: La Revue socialiste, (2011) H. 42, S. 135-142; Wieder, Thomas: Adhérents, sympathisants: les différences, in: Le Monde, 28.06.2011.

15 Vgl. Jeanbart, Bruno u.a.: Gauche: quelle majorité électorale pour 2012?, in: terra nova. La Fondation Progressiste, online einsehbar unter <http://www.tnova.fr/essai/gauche-quelle-majorit-lectorale-pour-2012> [eingesehen am 13.10.2013].

landet. Natürlich – insofern haben die Kündler der Normalisierung recht – wird durch die apathische Randständigkeit des „neuen Unten“ das politische System der Bundesrepublik nicht kollabieren. Im Gegenteil, Apathie stabilisiert herrschende Systeme. Doch die demokratischen Normen, in denen die voraussetzungslose Gleichheit an Rechten, Chancen, Möglichkeiten einen zentralen Rang einnimmt, verschleißen und entwerten sich, wenn sich die Schere von Integration und Desintegration weiter öffnet und dadurch das Gleichheitsversprechen für alle Staatsbürger kompromittiert. Auch das hat unmittelbare Auswirkungen auf Beteiligung, da wir in der ganzen Geschichte des Parlamentarismus einen engen Konnex zwischen der Glaubwürdigkeit von programmatisch-politischen Normen und dem vitalen Interesse der Bürger an aktiver Mitbestimmung feststellen können.

So fallen Anspruch und Realität auseinander. Mehr noch: Vermeintliche „Wirklichkeiten“ werden ganz anders erfahren. Die Realität der einen entspricht keineswegs der Realität der anderen. Was die einen begeistert, werden die anderen beklagen. Denn natürlich leben wir nicht in *einer* sozial und normativ unstrittigen „Realität“. Unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und unterschiedlichen Lebensgeschichten nehmen Wirklichkeit different wahr. Die jetzige „Wirklichkeit“ der Wissensgesellschaft eröffnet unzweifelhaft zahlreiche neue Chancen, aufregende Perspektiven, erlebnisreiche Räume, Erweiterungen, Optionen – für diejenigen, die über Bildung, Wissen, Kompetenz, Kontakte verfügen. Wissen jedoch, so bilanzieren es nüchtern etliche soziologische Befunde, beschleunigt und vertieft die Polarisierung in der Gesellschaft.¹⁶ Und Polarisierung ist überhaupt der Begriff, mit dem man in den nächsten Jahren, wahrscheinlich Jahrzehnten die postindustrielle Gesellschaft beschreiben wird. In der spätindustriellen Gesellschaft hatten die Polaritäten noch deutlich abgenommen. Die Schichten nivellierten sich zwar nicht, aber die Spannungen zwischen ihnen wurden sozialstaatlich eingehegt, die großen Differenzen gemildert, Ungleichheiten stärker reduziert. Doch nun kehren die klassischen Ungleichheitsmerkmale, nämlich Bildung und Herkunft, signifikant

16 Vgl. Berger, Peter A./Konietzka, Dirk (Hrsg.): Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten, Opladen 2001.

zurück.¹⁷ Die binnenzentrierten Sozialhomogenitäten und Abschließungstendenzen nehmen wieder erheblich zu, während über Jahrzehnte Öffnung und Durchlässigkeit gewachsen waren. Die Deutschen verlieben sich wieder innerhalb der eigenen Sozialschicht, sie heiraten und wohnen im eigenen Milieu. Noch *berühren* sich in Deutschland zwar die städtischen Viertel unterschiedlicher soziokultureller Struktur, aber die Einwohnerschaften zwischen ihnen *mischen* sich kaum noch. Die Segregation des urbanen Raums schreitet massiv voran.¹⁸ In den einen Stadtquartieren wächst der Wohlstand, nehmen Lebens- und Freizeitqualität zu, während andere Stadtteile verwahrlosen, abrutschen, veröden und vergammeln.

Die Republik birgt, was schon überwunden zu sein schien: die Gleichzeitigkeit des Ungleichen, eine höchst brisante Spannung also für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Der fühl- und sichtbare Gegensatz von Winnern und Losern ist in Deutschland des Jahres 2013 jedenfalls größer und elementarer als im Jahr 1983 oder 1973 oder 1963. Die einen kaufen bei Lidl, die anderen im italienischen Feinkostgeschäft. Die einen betrinken sich mit Hansa-Pils, die anderen entspannen sich bei einem Gläschen Brunello, die einen besorgen sich billige T-Shirts bei C&A, die anderen zeigen sich nur mit Designergarnituren aus der Boutique oder vom Herrenausstatter. Die einen nächtigen in noblen 5-Sterne-Hotels rund um den Globus, die anderen machen es sich notgedrungen auf dem eigenen Balkon oder einem nahe gelegenen Campingplatz gemütlich.

Schreibt man dies alles auf, dann spürt man etwas unbehaglich, wie klischeeisiert dergleichen klingt. Doch dann schaut man noch einmal in die Erhebungen von Jugendforschungsinstituten und bekommt prägnant zu lesen, dass Kinder aus den niedrigen Schichten der deutschen Bevölkerung faktisch über keinerlei Erfahrungen mit Ausflügen, Reisen, Radtouren verfügen.¹⁹ Ihre gleichaltrigen Kohortenzugehörigen aus den bürgerlichen Quartieren haben dagegen die Welt schon weitläufig gesehen, haben

17 Vgl. Isengard, Bettina: Freizeitverhalten als Ausdruck sozialer Ungleichheiten oder Ergebnis individualisierter Lebensführung?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 57 (2005) H.2, S. 254 ff.

18 Vgl. Haus, Michael: Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum, in: APuZ, (2005) H. 3, S. 25 ff.

19 Siehe die Dokumentation des Kinderpanels des Deutschen Jugendinstituts, in: Frankfurter Rundschau, 13.05.2005.

Sprachkurse im Ausland absolviert, Schüleraustauschprogramme mit den USA mitgemacht und dergleichen mehr. Der französische Soziologe Olivier Galland, Direktor der *Groupe d'études des méthodes de l'analyse sociologique* an der Universität Paris, kommt für sein Land zu einem ebenso dramatischen Befund. In einem Interview mit der Tageszeitung *Le Monde* wies er auf die tiefe Kluft innerhalb der gegenwärtigen französischen Jugend hin. Auf der einen Seite trifft man auf diejenigen mit Hochschulabschluss, auf der anderen Seite begegnet man solchen, die gering oder gar nicht qualifiziert sind. Jene erhalten im Alter von 25 bis 30 Jahren zu 80 % einen unbefristeten Arbeitsvertrag, diese nur zu 20 %. Für Olivier Galland ist dies Anlass von „deux jeunesses“ zu sprechen, gewissermaßen von zwei „Jugenden“ im Land. Der Abstand der zweiten, der benachteiligten Jugend zur ersten, vergleichsweise privilegierten „jeunesse“ nimmt ständig zu.²⁰

Die neuen zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen wirken dem nicht entgegen. Denn diese greifen nicht nach unten, verschränken die heterogenen Gruppen nicht mehr in vertikaler Dimension, wie es die alte Sozialstaatlichkeit noch als zentrale Maxime verfolgte. Im „neuen Unten“ bleiben die Einzelnen nunmehr für sich, netzwerkunfähig, handlungsgehemmt, vereinsamt und ungehört. Sie stören dadurch die Gesellschaft nicht mehr, bereichern und befruchten sie aber auch nicht, wie einst noch die sozialistisch-proletarischen Gegenkulturen. „Die ökonomisch prekäre Lage“, so der Publizist Gunnar Hinck, „hat Folgen für das Leben insgesamt. Wer ‚draußen‘ ist, meidet wegen Scham oder Selbstzweifel Geselligkeit, und er verfügt im Zweifel nicht über das nötige Geld. Wem es schlecht geht, der erträgt die Erfolgsmeldungen der anderen nicht. Das Draußen-sein vertieft sich.“²¹

Aber das goldene Zeitalter fest strukturierter Weltanschauungslager ist nun mal passé. Doch was bedeutet das? Bietet das Grund zur Besorgnis oder vielmehr Anlass zur Erleichterung, da die früheren Lagerkulturen einen un-

20 Siehe das Interview unter dem Titel „Le fossé entre deux jeunesses est très grave“ in *Le Monde*, 19.05.2012.

21 Hinck, Gunnar: Du gehörst nicht zu uns, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, (2013) H. 6, S. 33-36, hier: S. 25f.

zweifelhaft antiindividuellen Disziplinierungscharakter besaßen? Unter Interpretieren überragt – und sicher nicht ohne Grund – die positive Interpretation des gesellschaftlichen Dekompositionsprozesses. Man goutiert die sonstigen Seiten der Individualisierung, lebt die Opulenz der Optionen, schätzt die Möglichkeit des Auszugs aus beengenden, kontrollierenden, einhegenden Kollektiven. Das ist fraglos attraktiv – jedenfalls: für diejenigen, die über Bildung, Mobilität, Selbstbewusstsein und Kreativität verfügen.

Nur: In den vom gelungenen Fortschritt entkoppelten Teilen der Gesellschaft bedeutet der Abschied von den bergenden Lagern in der Regel nicht das glückliche Entree in ein Reich neuer Möglichkeiten und Chancen. Hier geht die Erosion der sozialmoralischen Vergemeinschaftungen einher mit der Wahrnehmung eigener Überflüssigkeit. Die gegenwärtig gepriesene Zivilgesellschaft bietet ihnen wenig Hoffnungen und Aussichten. Gerade die modernen Partizipationsinitiativen liefern keine Lösung des Ungleichheitsproblems, laufen vielmehr noch stärker auf eine Art Zensusdemokratie hinaus. Es behaupten sich im zivilgesellschaftlichen Engagement im Wesentlichen diejenigen, die über besonderes Kapital verfügen, die Interessen wirksam zu organisieren vermögen, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, die Bündnispartner aufgrund des eigenen gesellschaftlichen Gewichts gezielt mobilisieren können. Wer hingegen über dergleichen rhetorische, organisatorische, kommunikative, natürlich auch materielle Quellen nicht verfügt, steht außerhalb der Teilhabe- und Mitwirkungsgesellschaft.²² Das Unbehagen darüber hält sich erkennbar in Grenzen, obwohl im Akt der Partizipation und des aktiven Protests gar ein Treibmittel der Ungleichheitsverschärfung steckt. Eine wesentliche Quelle für zivilgesellschaftliches Engagement ist die biographisch mehrfach gestützte Erfahrung von Selbstwirksamkeit.²³ Personen, die bereits von Kindheit an die Wirkmächtigkeit ihres Tuns erleben durften, Zuspruch fanden, Lob ernteten, verfügen über feste Polster an Selbstvertrauen. In den neuen Unterschichten dagegen muten die biographischen Schlüsselerlebnisse anders an: In der Bilanz über-

22 Siehe hierzu Klatt, Johanna: Individualisierte Zivilgesellschaft und die Beteiligung sozial Benachteiligter, in: *betrifft: Bürgergesellschaft* 37, Dezember 2011, online einsehbar unter <http://www.fes.de/buergergesellschaft/documents/BB-37IndividualisierteZivilgesellschaft.pdf> [eingesehen am 6.12.2013].

23 Hierzu Bandura, Albert: Perceived Self-Efficacy in Cognitive Development and Functioning, in: *Educational Psychologist*, Jg. 28 (1993) H. 2, S. 117-148.

wiegen Abbrüche, Risse, Zurückweisungen, Verletzungen, nicht die psychisch stärkenden Augenblicke des Gelingens und des Erfolgs. Die unteren Schichten haben in der Diskursöffentlichkeit stets den Kürzeren gezogen, verfügen so nicht über Erfolgserlebnisse in den aktiven Partizipationsarenen und sind schon deshalb beteiligungsblockiert. Arbeiter und Erwerbslose sind daher in Bürgerinitiativen, Bürgerausschüssen, Elternräten oder was auch immer kaum vertreten. Sie werden von den Mittelschichtlern mit Abitur und Hochschulabschluss an die Wand geredet und an den Rand gedrängt. „Kurzum: Weder die Zivilgesellschaft noch Volksabstimmungen oder die sogenannte deliberative Politik vermögen das Übel der sozialen Selektion zu verhindern. Im Gegenteil, sie verstärken es sogar noch. Der Trend geht zur Zwei-Drittel oder gar halbierten Demokratie.“²⁴

Das gilt auch für die Netz-Welt. Dabei wurde und wird vielfach ein Zuwachs an Partizipation und Egalität durch das Internet erwartet. In der Tat haben Bürger nun digitalen Zugang zu Meinungsäußerungen und Abstimmungen über kommunale Haushalte und Planungsvorhaben. Sie können über selbst organisierte Foren, über Twitter und Facebook Deutungen produzieren, statt sich Interpretationen allein über die klassischen Print- und elektronischen Medien passiv zu rezipieren. Und sie können über die neuen Medien Anhänger sammeln, zu Aktionen mobilisieren, Druck ausüben. Nur: auch in dieser Partizipationssphäre sind einige soziale Schichten, Kohorten und Lebenswelten nicht dabei. Bei den über 60-Jährigen bleiben auch 2013 noch über 40 % offline. Bürger mit Volksschul- oder Hauptschulabschluss sind nur zu 60 % im Internet unterwegs, solche mit Abitur und Hochschulzertifikaten dagegen zu über 90 %. In Haushalten, denen nicht einmal 1000 € zur Verfügung stehen, kommuniziert gerade einmal die Hälfte digital, während Haushalte, die sich auf mehr als 3000 € stützen, zu 93 % die Möglichkeiten des Internets regelmäßig nutzen. „Die utopische Idee, das Internet könne dazu beitragen, soziale Unterschiede einzuebnen, verkehrt sich auf diese Weise in ihr Gegenteil.“²⁵ Oder mit den Worten der drei österreichischen Politanalytiker: „Wer aber nie die Zeitung gelesen hat, tut dies auch nicht im Internet. Die Hoffnung auf eine Wieder-

24 Merkel, Wolfgang: Krise? Krise!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.05. 2013.

25 Leisegang, Daniel: Die doppelte Spaltung, in: neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (2013) H. 6, S. 47-49, hier S. 49.

belegung der Demokratie durch ein offenes, für jeden und alles zugängliches Forum hat sich selbst bei den größten Optimisten in Luft aufgelöst. Die Bereitschaft zur Partizipation, zur Beteiligung am politischen Prozess wird weiterhin durch soziokulturelle Faktoren bestimmt, durch Einkommen, Bildung und Familie.²⁶

Das trifft auch und erst recht für die sogenannte Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu. Sie soll Instrument für mehr Bürgerwillen im Geflecht der Europäischen Union sein, indem sie Themen und Anliegen an die *Europäische Kommission* richten kann. Voraussetzung dafür, dass sich die Kommission mit den Vorstößen der Bürgerinitiative zu beschäftigen hat, ist, dass die einzelnen Begehren zumindest eine Millionen Bürger aus wenigstens sieben Mitgliedsstaaten unterstützend hinter sich gesammelt haben. Nun ist hierzu nicht jedermann in der Lage. Um solche transnationale Bürgerkooperationen auf die Beine zu stellen, braucht man Organisationsmacht, Finanzen, auch multiple Sprachkompetenzen, einen hochprofessionellen Web-Auftritt, Kontakt und Kommunikationsexperten. „Nur eine kleine europäische (Bildungs-)Elite“, bilanziert daher die Politikwissenschaftlerin Beate Kohler-Koch die bisherigen Erfahrungen mit der EBI, „ist in der Lage, Gleichgesinnte in sieben EU-Ländern zu mobilisieren, ihr Anliegen in einer Vielzahl von Sprachen zum Ausdruck zu bringen und den organisatorischen Aufwand der digitalen Informationsverbreitung und Unterschriftensammlung zu meistern.“²⁷ Die Autorin ist denkbar skeptisch, was den Ertrag dieser Anstrengungen für die substantielle Partizipation der europäischen Bürger angeht. Mehr noch. Sie fürchtet, dass durch die Zielsetzungen in den Bürgerinitiativen der europäischen Gesellschaftseliten eine weitere Zentralisierung auf die Institutionen der EU befördert werden und die wesentlichen politischen Entscheidungen in der Folge noch mehr aus dem Zugriffsbereich der einzelnen Bürger verschwinden.

26 Filzmaier, Peter u.a.: Die heißen Eisen und neue Herausforderungen, in: Broukal, Josef u.a.: Politik auf österreichisch. Zwischen Wunsch und Realität, Wien 2009, S. 54.

27 Kohler-Koch, Beate: Perspektiven zivilgesellschaftlicher Partizipation in der EU, in: Vorgänge (2010) H. 3, S. 60-73, hier S. 63.

Also: Chancen für Bildung weiter erhöhen und verallgemeinern – so lautet schließlich ein verbreitetes Credo der Programmatiker einer sozialen Bürgergesellschaft. Da Bildung die Weichen für das ganze Leben stellt, muss jeder unabhängig vom viel zitierten Geldbeutel der Väter über die gleichen Voraussetzungen und Zugänge zur Bildung verfügen. Ohne Zweifel besitzt dieses Postulat eine hohe Plausibilität. In der Chancengesellschaft zählt allein die Leistung, die der Einzelne nachweislich erbringt, nicht Herkunft, nicht ererbte Insignien, nicht Rang noch Titel. Heißt es jedenfalls. Nun ist die projektierte „Chancengesellschaft“ natürlich alles andere als abwegig. Sie birgt auch kritisches Potential gegen die aktuelle Gestalt des Kapitalismus. Erkennbar wurde bereits in den Jahren der „New Economy“ und des entgrenzten Finanzkapitalismus, dass gerade die großbürgerlichen Leitfiguren mehr und mehr von Leistungsprinzip abrückten. Was noch zählte, war allein der Geldbetrag, gleich ob als Resultat von integerem Fleiß oder als Folge hasardeurhafter Spekulationen. Darauf hat insbesondere der Frankfurter Soziologe Sighard Neckel hingewiesen: „Doch ist aller Rhetorik zum Trotz das Leistungsprinzip in Kreisen der DAX-Ökonomie in Wirklichkeit nicht mehr gut gelitten. Wer sich bisweilen auf Seminaren und Tagungen wirtschaftsnaher Verbände aufhält, kann dort erleben, dass Begriffe wie ‚Leistungsgerechtigkeit‘ ausdrücklich abgelöst werden. Wer ‚Leistung‘ sagt, so heißt es, wolle nur Forderungen stellen.“²⁸

Und in der Tat: Für die neue gesellschaftliche Mitte war Leistung der entscheidende Hebel, um soziale Ansprüche für Aufstiegskarrieren zu formulieren. Doch eine antibourgeoise Stoßrichtung nahm das nicht an. Die letzten Jahre haben vielmehr Schattenseiten der Chancen- und Leistungsutopie insbesondere für eine soziale Demokratie deutlich werden lassen. Der Bildungs- und Anstrengungsappell in einer ansonsten *gleichbleibenden* Gesellschaft mit riesigen Einkommensdifferenzen, Machthierarchien, gravierenden sozialen Unterschieden in Rang, Reputation und Renommee führte zu einem ziemlich gnadenlos ausgetragenen Ringkampf um weiterhin privilegiert angesiedelte Positionen. Wer in dieser individualisierten Schlacht durch rigide Chancennutzung nicht mithielt, hatte erst recht rund-

28 Vgl. Neckel, Sighard: Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, in: MPIfG Working Paper 10/6, S. 7, online einsehbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp10-6.pdf> [eingesehen am 11.11.2013].

um und dabei gleich für alle Zeit verloren. Denn fortan galt er als „gerecht“ gescheitert, weil er im „fairen Leistungswettbewerb“ versagt hatte, also selbst für sein negatives Schicksal verantwortlich war, genauer: gemacht werden konnte. Das chancengesellschaftliche Versprechen nutzte so probat als ideologische Parfümierung zur Abgrenzung zuletzt aufgestiegener Schichten gegen Ansprüche von unten. Die moderne Chancengesellschaft, die den Kontext von Solidaritätsnormen verlässt, konnte auf diese Weise zu einer ziemlich kalten und rohen Angelegenheit werden.

Bezeichnend ist sicher, dass sich die soziale Mitte bildungs- und schulpolitisch keineswegs für das Modell erweiterter Chancen auch für Kinder des „sozialen Unten“ ins Zeug legt. Dabei zählten viele Mittezugehörige selbst zu Gewinnern der ersten Bildungsreform, in den 1960/70 Jahren. Doch gerade *weil* sie seinerzeit den Aufstieg von unten in die Mitte geschafft haben, gerade darum besitzen sie nun – ganz wie schon in früheren Jahrzehnten die etablierten Mittel- und Oberschichten – kein Interesse an weiteren Emanzipationsschüben von unten, da das für sie zusätzliche Konkurrenz, auch die Entwertung der eigenen, mühselig erworbenen Bildungsabschlüsse und Statusposition bedeuten muss. Soziologen pflegen einen solchen Vorgang als „soziale Schließung“ zu bezeichnen. Generell gilt: In der gegenwärtigen Druck- wie Konkurrenzsituation grenzen sich die verschiedenen Elternmilieus schroff voneinander ab, verhindern, dass ihre Kinder mit dem Nachwuchs der jeweils unter ihnen verorteten Schichten in Kontakt geraten. Das klassische Bildungsbürgertum achtet seit einigen Jahren mehr als in den vorangegangenen drei Jahrzehnten darauf, dass ihre Sprösslinge nicht mit den „Parvenüs“ aus dem Mittelstand ihre Freizeit verbringen. Und die kleinbürgerliche Mitte unterbindet entschlossen Begegnungen mit Familien aus der „Underclass“, da sie dort kulturelle Verwahrlosung, haltlosen Konsumismus, unheilstiftende Disziplinlosigkeiten wittern. Man mag das eine Abwertungsspirale nach unten nennen.²⁹

Ähnliche Eindrücke vermittelt die unlängst in Frankreich intensiv geführte Debatte über die *classes moyennes*. Jérôme Fourquet, *Directeur d'Études au Département opinion publique à l'IFOP*, stellte hierbei fest, dass chancengesellschaftlich geförderte Aufsteiger am meisten den Um-

29 Zu dieser „Mitte“ aus Perspektive der Milieuanalyse auch und sehr differenziert Wippermann, Carsten: *Milieus in Bewegung. Werte, Sinn, Religion und Ästhetik in Deutschland*, Würzburg 2011, S. 28 ff.

stand fürchten, „von unten eingeholt zu werden und nicht mehr aufsteigen zu können, obwohl sie das Gefühl besitzen, alles dafür gegeben zu haben, um da anzukommen, wo sie jetzt sind.“³⁰ Für diese Gruppe, so ebenfalls die Bilanz des viel diskutierten Buchs „Les nouvelles classes moyennes“ von Dominique Goux und Eric Maurin, zählten als Mittel der Statussicherung, des Aufstiegs und der Abgrenzung nach unten eben die Bildung. Für sie hat die Schule den entscheidenden Ort schlechthin für die Karrierechancen des eigenen Nachwuchses eingenommen. Da dieser, im Unterschied zu den Kindern der Oberschicht, nicht über hinreichend finanzielles Kapital verfügt, ist der schulische Erfolg zum Ausgleich der materiellen Ressourcenschwäche unabdingbar auch und gerade für die Distinktion gegenüber dem „Unten“.

Auch daher können die Abgehängten der Chancen- und Bildungsgesellschaft mit dem Begriff der „Chance“ nicht viel anfangen; Begeisterung löst er keine aus. Auf die Formel „Chance durch Bildung“ reagieren sie gar wütend. Denn Bildung war schließlich der Selektionshebel, der sie in die Chancenlosigkeit hinein sortiert hatte. Bildung bedeutet für sie infolgedessen das Erlebnis des Scheiterns, des Nicht-Mithalten-Könnens, der Fremdbestimmung durch andere, die mehr gelesen haben, besser reden können, gebildeter aufzutreten vermögen. Mehr Bildungschancen mag ein Rezept für ihre ganz kleinen oder noch nicht geborenen Kinder sein, für sie selbst heißt die Konzentration staatlicher Anstrengungen auf Bildung statt sozialer Transfers die Verfestigung von sozialer Labilität, ja Marginalität. Ganz illusionslos sehen sie, dass es für sie, deren Kindheit und Schulzeit vorbei ist, keine überzeugende Idee für ein sozial gesichertes und respektables Leben in den nächsten Jahrzehnten gibt.

Nicht zuletzt auch deshalb werden die individuellen Aufsteiger aus dem früheren sozialdemokratischen Milieu seit nun einigen Jahren von dem zurückgebliebenen „Unten“ in den Arbeiter- und Arbeitslosenvierteln misstrauisch betrachtet. Die Entfremdung verlief kumulativ und wechselseitig. Auch die individuellen Aufsteiger, die ihren Ort in der neuen Umgebung ruhelos suchten, dabei nach Anerkennung und Rang heischten, ohne sich wirklich dabei sicher und souverän zu fühlen, haderten mit den Lebenskreisen, denen sie entstammten. Die Unzulänglichkeiten dort, sich in Sprache

30 (Etwas frei) zit. nach: Fourquet, Jérôme: La Bataille de classes moyennes est engagé, in: Le Figaro, 29.02.2012.

und Kultur der mittleren und höheren Schichten auszudrücken, beschwerte ihren Aufstieg – und trug dazu bei, dass sich die sozialen Parvenüs oft geradezu demonstrativ nach unten abgrenzten, um in der Lebenswelt oben willkommen geheißen zu werden. Die Aufstiegssoziologie beobachtete, dass gerade diejenigen aus den unteren Schichten individuell am weitesten nach oben klettern konnten, die sich ohne viel Aufheben und ohne innere Sentimentalität von der jeweiligen Vergangenheit zu verabschieden in der Lage waren. Je weniger sie sich von sozialmoralischen Geboten integrieren und einbinden ließen, desto offener bot sich ihnen die Zukunft nach vorn und oben an. Und all das, was für die weitere Strecke nicht taugte, all diejenigen, welche das Tempo nicht mitgehen konnten, wurden entsorgt bzw. zurückgelassen. Aufsteiger wechselten daher in den diversen Abschnitten ihres Karrierewegs nicht ganz selten ihre Ehepartner. Denn diese sollen zu den sich potenzierenden Ambitionen passen, dürfen nicht Grund für Blamage oder Stagnation sein.

Der Aufsteiger wird zur sichtbaren Personifikation der Illoyalität, der Hohlheit aller ursprünglichen Postulate von Brüderlichkeit, Solidarität und kollektiver Emanzipation. Der Aufsteiger hat die Normen verraten, die Bindungen abgestreift, die Schwüre gebrochen. „Schließlich lassen viele Akademiker, auch sozialdemokratische, nichts unversucht, ihren Kindern den Kontakt mit dem, was heute noch ‚Volk‘ ist, zu ersparen. Sie mögen diesen Kontakt so wenig wie das 1920 vom Reichsgrundschulgesetz dazu gezwungene Bürgertum.“³¹ Der individuelle Aufsteiger in der Chancengesellschaft pflegt deutlich zu machen, dass er seine Emanzipation nicht als Resultat kollektiven Bemühens, sondern als Ergebnis der eigenen Willenskräfte, des einsamen Kampfes und seiner genuinen Tüchtigkeit ansieht. Der frühere Bundeskanzler Schröder ist dafür ein prominentes Beispiel. Und er neigt dazu, seine spezifische Lebenserfahrung zum gesellschaftlichen Rezept schlechthin zu verallgemeinern: Erfolg gebührt nur dem Tüchtigen. Bleibt der Erfolg aus, dann hat es an hinreichender Tüchtigkeit gemangelt – und es ist daher gerecht, wenn die Prämie des Aufstiegs nicht ausgezahlt wird.

Das zeichnet sich zuletzt auch in den Milieus der Migration ab. Nicht ganz wenige Kinder aus dem berufsstolzen, disziplinierten, traditionellen

31 Preisendörfer, Bruno: Das Bildungsprivileg. Warum Chancengleichheit unerwünscht ist, Frankfurt a.M. 2008, S. 35 u. 46.

Arbeitermilieu der seinerzeit sogenannten „Gastarbeitergeneration“ haben sich mittlerweile stärker nach oben gerobbt, ehrgeizig, zielstrebig, auffällig anpassungsbereit. Und wie die Aufsteiger aus den früheren altindustriellen Facharbeiterquartieren in Deutschland hat man sich auch bei den erfolgreichen Migranten von den Zurückgelassenen unten getrennt und kulturell distanziert. Die neue Mitte der Einwanderung ist ebenso wie das Zentrum der klassischen Mehrheitsgesellschaft darauf erpicht, sich nur in solchen Wohnquartieren niederzulassen, in denen der Ausländeranteil gering ist. Und so bleiben auch in der Migration nicht ganz wenige zurück – rund ein Viertel dürfte es wohl mindestens sein. Der Aufstieg der einen lässt die anderen ihr Scheitern und ihre Rückständigkeit als noch schmerzhafter empfinden. In einer Sinus-Studie hierzu firmieren sie als „entwurzelte“ beziehungsweise „hedonistisch-subkulturelle Milieus“.³² Hier wird am stärksten die Aussage bekräftigt, dass „Menschen mit einem Migrationshintergrund gerade in Deutschland Bürger zweiter Klasse“ seien. In diesen beiden Lebenswelten dominieren Männer mit geringer schulischer Qualifikation, unzureichender beruflicher Ausbildung. Das „entwurzelte Milieu“ speist sich vor allem aus der meist nur wenige Jahre zurückliegenden Einwanderung aus der früheren Sowjetunion und Ex-Jugoslawien. Die Deutschkenntnisse sind sehr gering; weder im Familien- noch im Freundeskreis wird hauptsächlich Deutsch gesprochen. Man bleibt mithin unter sich, pflegt keine oder kaum Außenkontakte zu anderen Lebenswelten.

Kurz: Die auf Bildung fixierte Chancengesellschaft öffnet nicht, zumindest nicht allein oder vorwiegend, Perspektiven nach vorn und oben, sondern errichtet zugleich Mauern und Grenzen gegen rivalisierende Begehrllichkeiten von unten (und Fremden). Der eigene ursprüngliche Anspruch wird so verzehrt. Aber dergleichen Verzehrungsprozesse spielen sich historisch regelmäßig ab, wenn zuvor dynamische Klassen oder Schichten im Aufstieg Positionseinbußen fürchten müssen. Dann werden politische Emanzipationsgeschichten zu konservativen Erhaltungsmärchen umgeschrieben.

32 Sinus Sociovision, Zentrale Ergebnisse der Sinus-Studie über Migranten-Milieus in Deutschland, online einsehbar unter http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf [eingesehen am 15.11. 2013]

Was stattdessen? Mit den neuen Unterschichten des 21. Jahrhunderts, den von uns in einer vorangegangenen Publikation gezeichneten „Entbehrlichen“³³, ist für die große linke Transformation nicht zu rechnen. Im „neuen Unten“ bleiben die einzelnen atomisiert, ohne Selbstbewusstsein und Zukunftsbilder. Sie mögen in Zeiten ruckartiger sozialer Verschlechterung zum Resonanzboden für erratische antikapitalistische Affekte, für strohfeuerartig aufflammende Affekte gegen „die Reichen da oben“ werden, aber sie avancieren nicht zu einem zielbewussten politischen Träger organisierten Protests – zumal sich aus den Quartieren der *Underclass* die politische Linke längst still und großlos verabschiedet. Die frühere Organisationskraft und -kontinuität der Linken hatte im 19. und 20. Jahrhundert noch dafür gesorgt, dass die Energien und Aktivitäten der Unterschichten nicht nach kurzen Höhepunkten rasch wieder abflachten und versandeten, sondern verstetigt und institutionell stabilisiert wurden. Die ideologischen Deutungsansprüche der Linken hatten dem Alltagsnmut, der Verbitterung und Wut in der *Underclass* Sinn, Richtung und Ziel gegeben. Indes: Zumindest die sozialdemokratische und linkslibertär-ökologische Linke ist zu solchen Organisations- und Sinngebungsleistungen seit Jahren nicht mehr in der Lage, will es auch gar nicht mehr sein. Und zweifelhaft bleibt, ob man „gegen die Sicht einer anonymen Nichtklasse von Marginalisierten“, wie Mario Candeias seine Eindrücke und gewiss auch Hoffnungen unlängst zum Ausdruck brachte, „vor allem international vermehrte anzutreffende Phänomene der Selbstorganisation strategisch in Rechnung“³⁴ stellen sollte.

Nur: Was bleibt, was wird dann? Maurice Glasman, Professor für Politische Theorie in London, unkonventioneller Vordenker der britischen Labour-Party und Mitglied ihrer Fraktion im Oberhaus, der sich viele Gedanken über das Organizing und die Stärkung kommunal-kommunitärer Basis-solidarität gemacht hat, setzt unverdrossen auf die Revitalisierung von Tra-

33 Klatt, Johanna/Walter, Franz: Entbehrliche der Bürgergesellschaft. Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld 2011.

34 Candeias, Mario: Von der Anomie zur Organisierung. Die Pariser Banlieue, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekariat, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 2009, S. 369-379, hier S. 369.

dition und Organisation.³⁵ Denn ungebundene, einzelne Altruisten als Quartiers-Leader ohne Organisationsbezug, Einbindung und Rückkopplung würden ihren besonderen Einfluss aus sich heraus begründen und verfestigen oder auch beliebig kündigen. Organizing ohne Organisationsloyalität sei daher immanent sprunghaft und wenig nachhaltig. Allerdings: Wie sollte eine Retraditionalisierung ernsthaft zu schaffen sein? Oder auch: Aus welcher Quelle sollten neue Organisationen Personal und Ethos schöpfen? Wer mögen mithin dann Viertelgestalter in sozial prekären Stadtvierteln nach dem Ende linker Facharbeiterkollektivität und industrieproletarischer Organisationsleistungen sein? Schauen wir im Folgenden näher hin.

Göttingen, im November 2013

Franz Walter

35 Siehe besonders Glasman, Maurice: Labour as a radical Tradition, in: Glasman, Maurice. u.a.: The Labour Tradition and the Politics of Paradox, Oxford London Seminars/Soundings 2011, S. 14-34, online einsehbar unter http://www.lwbooks.co.uk/journals/soundings/Labour_tradition_and_the_politics_of_paradox.pdf [eingesehen am 11.11.2013].